
Hintergrund zu: United Nations-African Union Hybrid Mission in Darfur (UNAMID)¹

Eckdaten des Bundeswehrmandats

- UNAMID ist eine von den Vereinten Nationen (VN) geführte **Friedensmission in der Region Darfur** im Westen des **Sudans**. Die deutsche Beteiligung erfolgt entsprechend des Grundgesetzes im Rahmen **eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit**.
- **Völkerrechtliche Grundlage** für den Einsatz sind die Resolution 1769 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und deren Folgeresolutionen, zuletzt Resolution 2363 vom 29.06.2017. Die sudanesishe Regierung hat der Entsendung der gemeinsamen Mission von Vereinten Nationen und Afrikanischer Union am 12.06.2007 zugestimmt.
- **Kernaufträge von UNAMID** sind die **Unterstützung bei der effektiven Umsetzung des Darfur Friedensabkommens von 2006** und der Folgevereinbarungen, der **Schutz der Zivilbevölkerung** und die Absicherung der **humanitären Hilfe** in der Region.
- **Im November 2007** hat der Deutsche Bundestag erstmalig der Beteiligung der Bundeswehr an der Friedensmission² zugestimmt. Das Mandat erlaubt den Einsatz von bis zu 50 Soldat*innen. Die reale Beteiligung als alleiniger europäischer Truppensteller beläuft sich auf wenige Soldat*innen (**aktuell 3 Soldat*innen**), die in den Stäben der Mission eingesetzt werden.

Hintergründe zum Konflikt

- Seit 2003 kämpfen Rebellengruppen in der **westsudanesischen Region Darfur** gegen die sudanesischen Regierungstruppen und regierungsnahen Milizen, denen sie die Unterdrückung der nicht arabischen Bevölkerungsteile vorwerfen.
- Dem Konflikt sind Hunderttausende Menschen zum Opfer gefallen. Gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir besteht ein **Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs** (Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit), der leider in einer Reihe von Staaten nicht durchgesetzt wurde.
- 2007 kam es nach schwierigen Verhandlungen mit der sudanesischen Regierung zur Einrichtung einer **gemeinsamen Mission der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen**.

Veränderungen zum letzten Bundeswehrmandat

- Das Mandat ist in den wesentlichen Punkten unverändert.

Aktuelles

- Die **Sicherheitslage in Darfur** hat sich zwar leicht verbessert, sie bleibt aber fragil und die Zivilbevölkerung leidet weiter in erheblichem Maße. Die Bergregion Jebel Marra ist weiterhin umkämpft. Der Waffenstillstand der Regierung und der größten Rebellengruppen wird regelmäßig verlängert, allerdings kommt es immer wieder trotzdem zu Gewalt.
- **Ressourcenkonflikte** (Zugang zu Wasser, Acker- und Weideland) werden bislang nur ungenügend adressiert und sorgen immer wieder für gewaltsame Auseinandersetzungen. Weiterhin berichten die VN regelmäßig von **Menschenrechtsverletzungen** in Darfur.

¹ Dieses Papier ist eine kurze aussagekräftige Übersicht zum Auslandseinsatz. Für detaillierte Nachfragen könnt ihr euch /können Sie sich gerne an mein Team wenden.

² Aktuelle Personalstärke der Mission: 5670 Soldat*innen, 760 Polizeiberater*innen, 1530 Polizist*innen, 600 zivile Expert*innen

- **Die hohe Verbreitung von Waffen ist ein weiteres großes Problem und trägt zur Verschärfung der Konflikte bei.**
- Mit den letzten Mandatsverlängerungen beschloss der VN-Sicherheitsrat eine **Reduzierung und Neuausrichtung** der Mission (Strategic Review 2017). Ein zweigleisiger Ansatz sieht vor, dass eine Jebel Marra Task Force (JMTF / in Brigadestärke) zum Einsatz kommt, während UNAMID in anderen Regionen einen Peacebuilding-orientierten Ansatz verfolgt. 2018 wurden die Kräfte weiter reduziert (Zielvorgabe für Juni 2019 sind 4050 Soldat*innen, 2500 Polizist*innen).
- Ein eventuelles **Ende der Mission** fassen die VN für 2020 ins Auge. In der eingeleiteten Transition sollen u.a. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Grundversorgung der Binnenvertriebenen im Zentrum stehen.
- Die **humanitäre Situation** ist weiterhin sehr ernst. Anhaltende Kämpfe in der Jebel Marra Region führen zu neuen Vertreibungen (seit Beginn 2018 ca. 16.000 Menschen). In Darfur sind 3,1 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Landesweit gibt es über 2 Mio. Binnenvertriebene. Mehr als 150.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Südsudan verschärfen die humanitäre Situation.
- Ende September 2016 berichtete Amnesty International, dass die sudanesishe Regierung in mindestens 32 Fällen Chemiewaffen in Darfur eingesetzt habe. Bisher gibt es für einen Giftgaseinsatz keine offizielle Bestätigung.
- Seit Dezember 2018 **protestieren die Menschen im ganzen Land** gegen gestiegene Lebensmittelpreise, die Perspektivlosigkeit und das Regime von al-Bashir. NGOs berichten von bis zu 50 Opfern durch das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte. Auch in Darfur gab es Proteste gegen die Regierung in Khartoum.
- **Am 6. Dezember 2018** einigten sich weiterhin kämpfende Darfur-Rebellen mit der sudanesischen Regierung in Berlin nach einem Mediationsprozess auf einen Waffenstillstand und den Einstieg in den Doha Friedensprozess von 2011. Ein weiterhin bestehendes Problem ist, dass es mit der bewaffneten Gruppierung „Sudan Liberation Army – Abdul Wahid“ weiterhin eine Konfliktpartei gibt, die bisher nicht Teil des Friedensprozesses ist. In den letzten Jahren gab es immer wieder Kritik an der EU, weil sie trotz des internationalen Haftbefehls und der von ihm verantworteten Menschenrechtsverletzungen mit al-Bashir in Fragen der Migration kooperiert.³

Analyse & Bewertung

- **UNAMID** ist angesichts der weiterhin schwierigen sicherheitspolitischen und humanitären Lage, der Gewaltbereitschaft der sudanesischen Regierung und verbliebender Rebellen Gruppen sowie der ungelösten politischen Fragen gegenwärtig **weiterhin sinnvoll**. Die **Mission ist eine wichtige Grundlage der Nothilfe in Darfur**.
- **Das internationale Engagement in Darfur ist an einem bedeutenden Punkt:** Eine zu rasche Reduzierung der Truppen wegen fehlender internationaler Bereitschaft birgt ein hohes **Risiko**. Es muss genau beobachtet werden, ob die Reduzierung die Sicherheitslage nicht verschlechtert und dadurch ein Sicherheitsvakuum entsteht. Nur wenn gleichzeitig eine **politische Lösung und die regionale Entwicklung** erfolgreich gestaltet werden können, lässt sich das Risiko eines Rückfalls in gewaltsame Konflikte und eine gravierende Verschlechterung der humanitären Situation vermeiden.
- Gleichzeitig ist es ein wichtiges Signal, dass Friedensmissionen nicht ewig verlängert werden.
- Die **deutsche Beteiligung wurde stets sehr gering gehalten**. Selbst die niedrige Personalobergrenze des Mandats wurde nie ansatzweise erreicht, obwohl angesichts der Lage in Darfur mehr Initiative und ein größerer Beitrag Deutschlands in personeller, materieller und politischer Hinsicht möglich und auch erforderlich gewesen wäre.

³ <https://www.theguardian.com/global-development/2018/apr/24/uk-blind-spot-sudan-human-rights-abuses>

- Auch in dieser aktuellen und **sehr wichtigen Phase der Friedensmission bedarf es dringend eines größeren internationalen Engagements**, um die Chancen auf einen nachhaltigen Frieden in Darfur zu erhöhen. Jahr für Jahr werden die VN-Zielvorgaben für humanitäre Hilfe jedoch nicht erreicht. Die Bundesregierung muss **die Transition eng begleiten** und auch die **finanzielle Absicherung des weiteren Engagements der Vereinten Nationen** im erheblichen Maße unterstützen.
- Leicht positiven Entwicklungen und einer Abnahme von Gewalt stehen eine weiterhin **ungelöste politische Situation** und eine nach wie vor **enorm hohe Verbreitung von Kleinwaffen** gegenüber.
 - o Bisherige **Entwaffnungskampagnen** müssen weitergeführt werden.
 - o Nach wie vor gibt es ungelöste **Ressourcenkonflikte** und **Menschenrechtsverletzungen**. Bisher sind nur wenige Binnenvertriebene nach Darfur zurückgekehrt (20.000 Menschen).
 - o Die Umsetzung des **Doha Document of Peace in Darfur** und der Folgeabkommen gehen nur schleppend voran, hier braucht es mehr internationale Unterstützung und mehr Druck auf die Akteure.
 - o Mit der Reduzierung der militärischen, der polizeilichen und der zivilen Komponente sowie damit verbunden dem Rückzug aus der Fläche (Schließung von *Team Sites*) entsteht die Gefahr, dass die **Konfliktfrüherkennung** und Beobachtung von **Menschenrechtsverletzungen** negativ beeinträchtigt wird.
 - o Die **Zusammenarbeit mit der sudanesischen Regierung bleibt hochproblematisch**. Die sudanesische Regierung behindert weiterhin die humanitäre Hilfe durch UNAMID und andere Akteure und will einen möglichst zeitnahen Abzug von UNAMID erreichen. Ein überhasteter Komplettabzug würde nur das Regime von Omar al-Bashir stärken, der sich nach wie vor für die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Darfur nicht vor einem Gericht verantworten musste.
 - o Wenn die Bundesregierung Omar al-Bashir weiterhin als Partner in der **Migrationspolitik** aufwertet, macht sie sich erpressbar und beschädigt ihre Glaubwürdigkeit.



Wikipedia / Hervorgehoben ist die Region Darfur im Westen des Sudans